

## Stellungnahme der SPD-Fraktion im Geislinger Gemeinderat am 25.02.2015 zum Resolutionsvorschlag der Stadtverwaltung

Ein Lob der Verwaltung – das war unser Anliegen, eine Resolution im Sinne der kommunalen Verbände zu verabschieden, um

- unser Missbehagen über Intransparenz der Verhandlung auszudrücken
- die kommunale Sicht in die Öffentlichkeit zu tragen und damit die kommunale Selbständigkeit und Organisationsfreiheit zu verteidigen
- zur Aufklärung der Öffentlichkeit beizutragen.

Wichtig oder nicht wichtig, SPD und GAL im Gemeinderat würden die Verwaltung sinnlos beschäftigen und sie von wichtigem abhalten, so ähnlich der Kommentar des GZ- Chefredaktors zu den Anträgen der beiden Fraktionen. Erfreulicherweise wurde diese Meinung vorgestern in einem gut aufbereiteten Artikel von Elisabeth Zoll unter dem Titel „Fesseln für die Kommunalpolitik durch das Freihandelsabkommen“ widerlegt. **„Das Wirtschaftsabkommen könnte die Kommunalpolitik stärker beeinflussen als jede Wahl.“**, so ein Zitat daraus. Unterstrichen wurde das durch den heute im Lokalteil erschienen Bericht über diesen Tagesordnungspunkt. Das zeigt uns, die Freihandelsabkommen sind nicht nur in der SPD höchst umstritten, sondern auch in anderen politischen und gesellschaftlichen Gruppen – und in der Südwest Presse bzw. Geislinger Zeitung. Das ist gut so. Dem Beschluss der kommunalen Spitzenverbände haben sich inzwischen auch viele andere Kommunen durch Resolutionen angeschlossen bzw. sind sogar darüber hinausgegangen. Und viele sind nicht durch linke SPDler, Grüne oder gar Linke dominiert, z.B. der Alb-Donau-Kreis, der Reutlinger und Eislinger Gemeinderat, die Stadt Ulm und der Bezirkstag Schwaben, um nur einige zu nennen. Darunter auch sehr viele CDU-Bürgermeister bzw. –kommunalpolitiker ...und wie man heute der GZ entnehmen konnte auch Teile der mittelständischen Wirtschaft. Die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt fordert uns sogar auf „Werden sie laut!“

Wie man der Verwaltungsvorlage ansieht, nicht weil sie schlecht gemacht ist, sondern weil sie sich auf die Position verschiedener kommunaler Spitzenverbände bezieht, wurde die Stadtverwaltung durch unsere Anträge auch nicht zulange von ihrer Arbeit abgehalten. Was auch OK ist.

Viele kommunale Gremien, die sich mit dieser Materie auseinandergesetzt haben, stören sich an den Geheimverhandlungen – nur ein ausgewählter Kreis hat Einblick in die Dokumente in einem besonderen Lesesaal. Sie lehnen Investitionsschutzverfahren ab, fürchten um die kommunale Selbstverwaltung, finden die Versprechungen von 0,4 % Wachstum lächerlich (auch viele Wirtschaftswissenschaftler) usw. und so fort. Dabei gibt es sicherlich unterschiedliche Grade der Skepsis und der Ablehnung. Aber Freihandelsabkommen müssen diskutierbar sein, demokratisch legitimiert und dürfen, nur um die Interessen privater

Gewinnmaximierung zu sichern und zu befördern, nicht in die Rechte von Bürgerinnen und Bürger eingreifen.

Mir auf jeden Fall ist eins bewusst: Freihandelsabkommen sind weder per se gut oder schlecht. Doch meist bevorzugen sie die Freiheit des globalen Händlers und der Großkonzerne vor der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Meistens gehen sie zu Lasten der wirtschaftlich schwächeren Länder, zerstören deren gewachsene wirtschaftliche Grundlagen und schließen deshalb einen „fairen Handel“ aus.

Änderungsanträge (siehe zweiter Anhang)